

Niederschrift Nummer UKS/12/004

Gremium	Sitzung am
Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	23.09.2021

Sitzungsort	Sitzungsdauer
Volkshochschule VHS Bergkamen / Treffpunkt, Lessingstraße 2, 59192 Bergkamen	17:00 - 19:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender: Thomas Grziwotz
 Schriftführer: Norman Raupach

Teilnehmer Funktion

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Herr Knut Bommer		Ratsmitglied für ordentl. Mitglied Martina Eickhoff und stv. Mitglied Kay Schulte
Herr Kevin Derichs	stv. Mitglied	Ratsmitglied für ordentl. Mitglied Dennis Riller und stv. Mitglied André Rocholl bis 18:00 Uhr
Frau Sandra Hagen	ordentl. Mitglied	
Herr André Haut	ordentl. Mitglied	bis 18:39 Uhr
Herr Rüdiger Hoffmann	stv. Mitglied	für ordentl. Mitglied Haut, André ab 18:39 Uhr
Herr Hartmut Ramin	ordentl. Mitglied	
Herr Dennis Riller	ordentl. Mitglied	ab 18:00 Uhr
Herr Christoph Turk	ordentl. Mitglied	
Frau Manuela Veit	ordentl. Mitglied	

Christlich Demokratische Union

Frau Susanne Eisenhuth	ordentl. Mitglied
Herr Pascal Gansen	ordentl. Mitglied
Herr Alexander Glienke	ordentl. Mitglied
Herr Marco Morten Pufke	stv. Vorsitzender
Herr Stefan Rennhak	ordentl. Mitglied

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Harald Brückner	ordentl. Mitglied	
Herr Thomas Grziwotz	Vorsitzender	
Herr Andreas Worch	stv. Mitglied	für ordentl. Mitglied Barbara Kestermann

BergAUF

Herr Werner Engelhardt	ordentl. Mitglied	bis 19:10 Uhr
------------------------	-------------------	---------------

Freie Demokratische Partei

Herr Stefan Heßler	stv. Mitglied	für ordentl. Mitglied Sebastian Knuhr
--------------------	---------------	---------------------------------------

DIE LINKE.

Herr Timo Putzer	ber. Mitglied
------------------	---------------

Von der Verwaltung nehmen teil

Herr Dr.-Ing. Hans-Joachim Peters	Erster Beigeordneter
Herr Thomas Reichling	Amtsleitung Stadtplanung, Klimaschutz, Straßen und Grünflächen
Frau Christiane Reumke	Sachgebietsleitung Stadtplanung und Klimaschutz
Herr Ralf-Dieter Brauner	Amtsleitung Immobilienwirtschaft
Herr Norman Raupach	Projektmanager Klima und Umwelt - Schriftführer
Herr Swen Schmitz	Klimaschutzmanager

Entschuldigt fehlen

Frau Martina Eickhoff	ordentl. Mitglied
Frau Barbara Kestermann	ordentl. Mitglied
Herr Sebastian Knuhr	ordentl. Mitglied
Herr Kay Schulte	stv. Mitglied

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz ordnungs- und fristgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

Es wird folgende Tagesordnung beschlossen und verhandelt:

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil:**

1	Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 17.06.2021	12/0323
2	Gehölzbestand Schönhausen: Aktueller Sachstand und weiteres Vorgehen	12/0324
3	Fotovoltaikanlagen auf kommunalen Gebäuden	12/0318
4	Energiebericht 2021	12/0317
5	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.02.2021 hier: Überdachung von Parkflächen mit Photovoltaikanlagen	12/0325
6	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.09.2021 hier: Erstellung eines Konzeptes für die klimaneutrale Ausrichtung von Veranstaltungen für Bergkamen	12/0326
7	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.09.2021 hier: Konkretisierung des ausgerufenen Klimanotstandes	12/0327
8	Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für den Eingriff in Natur und Landschaft durch Bauprojekte der Stadt Bergkamen; hier: Sachstandsbericht	12/0337
9	„Klimaschutz mit BRAvour“ - Teilnahme der Stadt Bergkamen an der Kampagne	12/0328
10	Einwohnerfragestunde	
11	Anfragen und Mitteilungen	

Vor Eintritt in die Beratung der Tagesordnung weist der Vorsitzende auf die Bestimmungen der §§ 43 Abs. 2 und 31 GO NRW hin.

Es erklärt sich kein Mitglied für befangen.

Öffentlicher Teil:**Tagesordnungspunkt 1:****Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 17.06.2021
Vorlage: 12/0323**

Herr Engelhardt erläutert zunächst seinen eingereichten Widerspruch zur Niederschrift vom 11.07.2021. Der Widerspruch bezieht sich auf den Tagesordnungspunkt 1 der Sitzung des 17.06.2021.

Herr Engelhardt erklärt, dass aus dem Protokoll deutlicher ersichtlich sein sollte, dass die Fraktion BergAUF der seitens der Verwaltung vorgestellten Konzeption zum Umbau des Gehölzbestandes in der Wohnsiedlung „Schönhausen“ nicht zustimmt.

Herr Dr. Peters erläutert, dass im Rahmen Niederschrift üblicherweise lediglich die reinen Abstimmungsergebnisse festgehalten werden. Eine Zuordnung dieses Abstimmungsergebnisses auf die einzelnen Fraktionen ist im Textteil nicht nochmals vorgesehen.

Auf Vorschlag von Herrn Dr. Peters wird die nachträgliche Einfügung des Satzes: *„Die Fraktion BergAUF spricht sich gegen die Konzeption der Stadtverwaltung zum Umbau des Gehölzbestands in der Wohnsiedlung ‚Schönhausen‘ aus.“*, in TOP 1 der Niederschrift zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 17.06.2021 zur Abstimmung gestellt.

Herr Grziwotz ergänzt, dass der Widerspruch zur Niederschrift vom 11.07.2021 des Herrn Engelhardts lediglich in der heutigen Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz behandelt und zur Abstimmung gestellt wird. Eine weitere Beratung im Haupt- und Finanzausschuss sowie im Rat der Stadt Bergkamen ist nicht vorgesehen.

Beschluss:

Die Einfügung des Satzes: *„Die Fraktion BergAUF spricht sich gegen die Konzeption der Stadtverwaltung zum Umbau des Gehölzbestands in der Wohnsiedlung ‚Schönhausen‘ aus.“*, in TOP 1 der Niederschrift zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 17.06.2021.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Tagesordnungspunkt 2:**Gehölzbestand Schönhausen: Aktueller Sachstand und weiteres Vorgehen
Vorlage: 12/0324**

Herr Dr. Peters berichtet über den aktuellen Sachstand und das weiteres Vorgehen zum Thema „Gehölzbestand Schönhausen“.

Die Handlungsempfehlung des externen Fachbüros wird noch innerhalb des Monats September online gestellt, um den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit einzuräumen sich eigenständig ein Eindruck von dem entwickelten Konzept zu verschaffen. Die Umsetzung dieser Handlungsempfehlung wird zunächst für ca. ein Jahr ruhen. Grund dafür ist eine notwendige Begutachtung des Gehölzbestands in Bezug auf seine Eigenschaft als Wohnraum für Fledermäuse, welche durch die Untere Naturschutzbehörde des Kreises Unna anberaumt wurde. Die Stadt Bergkamen wird diese Untersuchung präventiv zusätzlich auch für andere Tierarten durchführen lassen, um dem Aspekt des Artenschutzes vollumfänglich Rechnung zu tragen. In Absprache mit der Siedlergemeinschaft wird ein angestrebter Informationstermin mit den Betroffenen erst nach der Durchführung des Gutachtens organisiert werden. Vorab wird bis Ende dieses Jahres per Fragebogenaktion bei den Anwohnern durch die Verwaltung ermittelt, ob und wo akute Probleme beim Baumbestand bestehen.

Die Stadtverwaltung wird zu gegebenen Anlässen über den aktuellen Sachstand weiterhin berichten.

Herr Engelhardt befürwortet die umfangliche Begutachtung des Gehölzbestandes im Sinne des Artenschutzes und fragt nach der Möglichkeit und Prüfung, Versorgungsleitungen zu verlegen, um somit einen größeren Bestandteil des Baumbestands zu erhalten.

- Herr Reichling erklärt, dass eine Untersuchung der Versorgungsleitungen im Rahmen der Konzepterarbeitung durchgeführt wurde. Es ist dabei festgestellt worden, dass die öffentlichen Leitungssysteme nicht beschädigt sind und deshalb eine Verlegung oder Überarbeitung der Systeme nicht vorgesehen ist. Lediglich im Bereich der Hausanschlüsse sind Schäden durch Wurzeleinwuchs aufgetreten. Hier sind jedoch die jeweiligen Eigentümer für die Instandhaltung zuständig.

Herr Worch fragt nach Möglichkeit eine Kappung der Wurzeln vorzunehmen, welche in Richtung des Gebäudebestands wachsen, um den Erhalt der Bäume zu erwirken.

- Mit dem Hinweis auf die somit nachlassende Standfestigkeit der Bäume verneint Herr Dr. Peters diese Möglichkeit.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Tagesordnungspunkt 3:

Fotovoltaikanlagen auf kommunalen Gebäuden

Vorlage: 12/0318

Herr Dr. Peters erläutert anhand der Vorlage die Entwicklung der Errichtung und Nutzung von Photovoltaikanlagen auf kommunalen Gebäuden. Seit dem Jahr 2006 konnten insgesamt bereits 1.552 Tonnen CO₂ allein durch die Nutzung von Solarenergie seitens der Stadtverwaltung vermieden werden. Darüber hinaus betont Herr Dr. Peters die Vorbildfunktion der Stadt Bergkamen im Rahmen der Nutzung und des Ausbaus von erneuerbaren Energien und gibt einen positiven Ausblick, zukünftig durch Projekte wie der geplanten Photovoltaikanlage auf der Sporthalle Overberge die Zahlen zur Minderung des CO₂-Ausstoßes noch weiter zu erhöhen.

Herr Grziwotz fragt nach der Kooperation und Vorgehensweise zwischen der Stadtverwaltung und den GSW zur Realisierung gemeinsamer Projekte im Bereich Solarenergie.

- Herr Dr. Peters erklärt, dass die Kommunikation hier im Gegenstromprinzip stattfindet. Im Rahmen von anfallenden Sanierungsarbeiten im Bereich des kommunalen Gebäudebestands kontaktiert die Stadtverwaltung frühzeitig die GSW, um die Errichtung und Wirtschaftlichkeit von Photovoltaikanlagen in jedem Einzelfall zu prüfen. Umgekehrt kommt die GSW eigenständig auf die Stadtverwaltung zu, erkennt sie das Potenzial zur Errichtung einer Solaranlage auf kommunalen Liegenschaften.

Herr Brückner fragt, wie die Verwaltung zukünftig mehr Photovoltaikanlagen auf ihrem Gebäudebestand realisieren möchte und bezieht sich dabei auf die Errichtung von insgesamt sechs Anlagen seit dem Jahr 2006.

- Herr Dr. Peters verweist auf die Ausarbeitung eines kommunalen Sanierungsfahrplans, welcher zukünftig u.a. die Nutzung von Solarenergie für und auf dem kommunalen Gebäudebestand umfänglich untersucht und aktuell vom Klimaschutzmanagement auf den Weg gebracht wird. Zusätzlich betont Herr Dr. Peters, dass gegenüber der Solarenergie auch weitere Formen von erneuerbaren Energien existieren, welche für durch die Stadt Bergkamen zukünftig bei der eigenständigen Energieversorgung berücksichtigt werden sollen.
- Herr Engelhardt unterstützt den Beitrag von Herrn Dr. Peters und hebt die Bedeutung von Windenergieanlagen für den Beitrag zur klimaneutralen Energiegewinnung hervor. Er regt an, anhand des Beispiels der Stadt Bottrop auch zukünftig innerstädtisch angemessene Windenergieanlagen zu realisieren.

Herr Grziwotz fragt, ob nach der Sanierung des Daches der Fahrzeughalle am Baubetriebshof die Errichtung einer Photovoltaikanlage dort möglich sei.

Herr Dr. Peters gibt an diese Möglichkeit zum gegebenen Zeitpunkt prüfen zu lassen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgende Beschlussfassung:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Tagesordnungspunkt 4:

Energiebericht 2021

Vorlage: 12/0317

Herr Brauner stellt anhand einer Präsentation einige besondere Maßnahmen zum Zwecke der Energie- und Kosteneinsparung der letzten Jahre heraus. Wie in den vorherigen Jahren seit der Erstellung des Energieberichts verdeutlichen die Zahlen und Darstellungen des Dokuments erneut die erfolgreiche Senkung des Gesamtenergiebedarfs der kommunalen Liegenschaften. Insbesondere durch die Sanierung von Schulgebäuden und der diesbezüglichen Abrufung von Fördermitteln (KP III) konnten effektive Maßnahmen zur Reduzierung des Energiebedarfs durchgeführt werden.

Herr Brückner stellt fest, dass die Ausführungen des Energieberichts vorrangig auf die positiven monetären Einsparungen beziehen. Dem gegenüber ergäbe sich aus dem Bericht ein Anstieg der CO₂-Emissionen im vergangenen Jahr um 1,78 % (bzw. 1,74 % an anderer Stelle des Energieberichts), bei gleichzeitiger Verringerung des Energieaufwands um 6,2 %. Im Zusammenhang erscheinen diese Zahlen als widersprüchlich, weshalb Herr Brückner um Erläuterung dieser Daten bittet.

- Herr Brauner erklärt, dass der Bericht eine Aussage dahingehend enthält, dass die Heizenergiekosten zwar geringfügig gesunken (Abb. 3), die Verbräuche (Abb. 3) und CO₂-Emissionen (Abb. 6) jedoch geringfügig (1,78%) gestiegen sind. Der Grund für die Reduzierung der Heizenergiekosten, bei leicht erhöhtem Verbrauch, ist aufgrund einer Anpassung der Preisgleitklausel im Rahmenvertrag für den Energieträger „Fernwärme“ zustande gekommen. Im Schreiben der GSW vom 19.12.2019 wird für 2020 eine Preissenkung von 1,2 % prognostiziert.

Herr Worch fragt, ob die genutzte Fernwärme tatsächlich, wie im Bericht beschrieben (Seite 13 Tab. 2), durch ein Steinkohlekraftwerk erzeugt wird.

- Herr Dr. Peters macht daraufhin deutlich, dass die Fernwärme über das Biomassekraftwerk erzeugt wird und somit diesbezüglich ein redaktioneller Fehler im Energiebericht vorliegt.

Weiter fragt Herr Worch, ob die Stadt Bergkamen im Rahmen ihres Vertrags mit den GSW tatsächlich einen „Ökostromtarif“ bezieht. Diese Frage bezieht sich auf den kommunalen Stromverbrauch, welcher im Energiebericht mit anfallenden CO₂-Emissionen (929 kg/kWh) beschrieben wird. Herr Worch ist der Annahme, dass aufgrund der Nutzung von Ökostrom keine Emissionen in diesem Bereich anfallenden dürften und bittet deshalb um Erklärung des Sachverhalts.

- Herr Brauner erklärt, dass die Aussage in der Fußnote 2) zu Tabelle 2 ebenfalls nicht mehr aktuell ist. Die Erzeugung des von der Stadt Bergkamen bezogenen Stroms erfolgt in österreichischen Wasserkraftwerken. Grundlage für den Strombezug und die Lieferung bildet der „Vertrag über die Lieferung und den Bezug elektrischer Energie“ (Stromlieferungsvertrag) zwischen den GSW und der Stadt vom 30.03.2009. Der österreichische Strom aus Wasserkraft wird an der deutsch/österreichischen Grenze lediglich in das deutsche Stromnetz eingespeist und dient somit nur der rechnerischen Bilanzierung. Um eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten wurden in die Tabellen CO₂-Emissionen aufgeführt die sich am Bundesdurchschnitt (Strommix) orientieren. Darüber hinaus entnimmt Herr Worch auf Seite 14 Abb. 6 des Energieberichts, dass die CO₂-Emissionen in Bezug auf den Energiebedarf der Stadtverwaltung im vergangenen Jahr angestiegen sind. Hierzu bittet er ebenfalls um eine genauere Erklärung.

- Herr Dr. Peters erklärt, dass aufgrund längerer Kältephasen im Bezugszeitraum einwitterungsbedingter Anstieg der Emissionen verzeichnet wurde.

Abschließend erklärt Herr Worch, dass er die Einhaltung der eigenen Klimaziele der Stadt Bergkamen aufgrund der nicht ausreichenden positiven Entwicklung des Energieverbrauchs der Stadtverwaltung als gefährdet ansieht.

Herr Riller lobt den Energiebericht als bewährtes und langjähriges Kontroll- und Dokumentationsinstrument zum Energieverbrauch der kommunalen Liegenschaften. Aus dem Bericht wird ersichtlich, welche Gebäude zukünftig einer energetischen Sanierung unterzogen werden müssen, um den Energieverbrauch wesentlich zu senken.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgende Beschlussfassung:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Tagesordnungspunkt 5:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.02.2021
hier: Überdachung von Parkflächen mit Photovoltaikanlagen
Vorlage: 12/0325

Mit Bezugnahme auf den Antrag „Überdachung von Parkflächen mit Photovoltaikanlagen“ der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.09.2021 erläutert Herr Worch die Inhalte des Antrags und fordert eine Überprüfung der Eignung sämtlicher öffentlicher Parkplätze zur Überdachung mit einer Photovoltaikanlage. Als potentiell geeignete Fläche wird der Parkplatz des Wellenbads bzw. des Freizeitzentrum „Im Häupen“ genannt.

Herr Hessler erklärt, dass neben ökologischen Aspekten ebenfalls soziale und ökonomische Faktoren Bestandteile des nachhaltigen Bauens sind. Die Überdachung von Stellplätzen ist ausschließlich dann sinnvoll ist, wenn der hier erzeugte Strom direkt vor Ort vom Nutzer bzw. Eigentümer der Photovoltaikanlage verbraucht werden kann. Dies kann jedoch nicht für jedes Bauprojekt gewährleistet werden, sodass potentielle Investoren jeglicher Bauprojekte in Bergkamen durch hohe Kosten für die Überdachung der anfallenden Parkplatzflächen abgeschreckt werden könnten. Die FDP-Fraktion lehnt die Festschreibung zur Überdachung von Parkplatzflächen ab einer Anzahl von 20 Stellplätzen und somit den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Die CDU-Fraktion stimmt durch Herrn Pufke den Äußerungen von Herrn Hessler zu. Jedoch befürwortet die CDU-Fraktion die im 1. und 3. Spiegelstrich des Antrags verankerten Prüf- und Informationsaufträge an die Verwaltung. Vor diesem Hintergrund beantragt Herr Pufke die drei Spiegelstriche des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einzeln abzustimmen.

Herr Riller erklärt, dass die Überschreitung des Antrags in Bezug auf die bereits geltenden gesetzlichen Regelungen zur Überdachung von gewerblichen Parkplätzen mit Photovoltaikanlagen der Bauordnung NRW nicht zielführend sei. Aufgrund dessen, dass die neue Gesetzeslage erst Anfang 2022 in Kraft tritt, konnten bislang noch keine Erfahrungswerte zur Umsetzung der verpflichtenden Überdachung von gewerblichen Stellflächen mit Photovoltaikanlagen gewonnen werden. Vor diesem Hintergrund kann einer Generalisierung zur Überdachung jeglicher öffentlicher Parkplätze, wie im Antrag gefordert, nicht zugestimmt werden. Vielmehr sind zukünftige und bereits bestehende Stellplatzflächen einer entsprechenden Größe im Einzelfall zu betrachten und zu überprüfen und anhand unterschiedlicher Faktoren abzuwägen, ob eine Überdachung mit Photovoltaikanlagen sinnvoll zu realisieren ist.

Herr Dr. Peters unterstützt den grundlegenden Gedanken des Antrages, geeignete Parkplatzflächen zu nutzen, um den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben. Um ökonomische und städtebauliche Faktoren sowie Aspekte des Klimaschutzes bei der Errichtung Photovoltaikanlagen über großräumigen Parkplätzen gleichermaßen zu berücksichtigen, ist eine jeweilige Einzelfallprüfung von geeigneten öffentlichen Stellplätzen zukünftig vorzunehmen. Die Verwaltung hofft auf einen entsprechenden Prüfauftrag für die städtischen Liegenschaften.

Als Antragssteller bittet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen durch Herrn Worch um die Streichung des 2. Spiegelstriches, *„Bei künftigen Bauvorhaben mit großflächigen offenen Stellplatzanlagen ab einer Anzahl von 20 Stellplätzen ist festzuschreiben, dass diese Parkplätze überdacht und mit Photovoltaikanlagen zu versehen sind“*, und die anschließenden Abstimmung.

Herr Dr. Peters regt zusätzlich an, den 3. Spiegelstrich um die Worte *„sofern geeignet und andere Gründe nicht entgegenstehen“* zu ergänzen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmt Herr Worch dieser Ergänzung zu und der Vorsitzende Herr Grziwotz stellt den Antrag wie folgt zur Abstimmung:

Beschluss:

1. Spiegelstrich (unverändert):

„Die Verwaltung wird beauftragt, eine Übersicht öffentlicher Parkflächen (gemeint sind hier und im Folgenden Parkplätze) zu erstellen und zu prüfen, inwieweit diese geeignet sind, mit Photovoltaikanlagen überdacht zu werden.“

2. Spiegelstrich (entfällt)

3. Spiegelstrich (ergänzt):

„Die Verwaltung wird beauftragt, private Eigentümer von bestehenden großflächigen Parkflächen dahingehend aktiv zu beraten, diese Flächen, sofern geeignet und andere Gründe nicht entgegenstehen, mit Photovoltaikanlagen zu versehen.“

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Tagesordnungspunkt 6:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.09.2021

hier: Erstellung eines Konzeptes für die klimaneutrale Ausrichtung von Veranstaltungen für Bergkamen

Vorlage: 12/0326

Mit Bezugnahme auf den Antrag „Erstellung eines Konzeptes für die klimaneutrale Ausrichtung von Veranstaltungen für Bergkamen“ der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.09.2021 erläutert Herr Worch die Inhalte des Antrags und verweist dabei auf ein Beispiel der Stadt Berlin, welches noch weitreichendere Maßnahmen aufzeigt, als die die seitens der Stadt Bergkamen im Rahmen der Durchführung von eigenen Großveranstaltungen angewandt werden. Es sind u.a. Anreize zu schaffen, welche die Besucher bspw. zu einer klimaschonenden Anreise per Fahrrad oder mit dem ÖPNV bewegen.

Herr Pufke kritisiert, dass der Antrag keine finanziellen und sozialen Aspekte berücksichtigt. Es besteht das Risiko, dass der Besuch einer Bergkamener Großveranstaltung in Folge der ganzheitlichen Umsetzung des Antrags für manche Menschen nicht mehr bezahlbar sei und diese somit den Veranstaltungen fern blieben. Dennoch wäre es sinnvoll, wenn die Klimaschutzmanager der Stadt informativ auf einigen Veranstaltungen zum Thema Klimaschutz, Müllvermeidung, etc. wirken und das Stadtmarketing seine Veranstaltung unter dem Aspekt Klimaschutz nochmals auf den Prüfstand stellt. Insgesamt sei der Antrag jedoch zu eindimensional, sodass diesem nicht zugestimmt werden könne.

Herr Riller befürchtet, dass in Folge der Umsetzung des Antrags hohe Hürden zur Teilnahme an einer Veranstaltung gesetzt werden. Man möchte die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten beim Thema Klimaschutz mitnehmen und zu eigenständigen handeln motivieren. Die generelle Vorreiterposition der Stadt in diesem Bereich sollte auch aktiv bei der Durchführung von Veranstaltungen wahrgenommen werden. Der Antrag beschreibt hierzu viele nachvollziehbare und gute Maßnahmen. Jedoch kann die SPD-Fraktion diesem nicht zustimmen, da Sie die Generalisierung einer Vielzahl von Maßnahmen für jegliche Veranstaltung in Bergkamen ablehnt und den Aspekt der Sozialverträglichkeit vermisst.

Herr Hessler betont, dass die Ermittlung des anfallenden CO₂-Austoßes für die Stadtverwaltung und einzelne Schausteller nur sehr aufwendig durchzuführen sind und für viele auch kaum leistbar wäre.

Herr Grziwotz ergänzt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Beschlussvorschlag um das Wort „städtische“ und stellt den Antrag wie folgt zur Abstimmung:

Beschluss:

1. Spiegelstrich (ergänzt):

„Die Verwaltung wird beauftragt ein Konzept zu erstellen, um städtische Veranstaltungen (z.B. Hafenfest, Lichterfest, Studio Theater, ...) ab 2022 klimaneutral ausrichten zu können. In diesem Konzept sind folgende

Handlungsfelder aufzunehmen:

- *Mobilität (möglichst Pkw-frei)*
- *Lokation*
- *Energie und Wasser*
- *Catering – Versorgung mit Nahrungsmitteln*
- *Eventtechnik und Ausstattung*

- *Umweltfreundliche Beschaffung*
- *Abfall*

2. Spiegelstrich (unverändert):

„Bei Großveranstaltungen wird die Verwaltung beauftragt, einen Informationsstand zu integrieren, um auf die Notwendigkeit der Senkung der THG hinzuweisen und zu wirken.“

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit abgelehnt
Ja 3 Nein 14

Tagesordnungspunkt 7:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.09.2021
hier: Konkretisierung des ausgerufenen Klimanotstandes
Vorlage: 12/0327

Mit Bezugnahme auf den Antrag „Konkretisierung des ausgerufenen Klimanotstandes“ der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.09.2021 erläutert Herr Worch die Inhalte des Antrags und betont, dass bei jeder politischen Entscheidung das Erreichen der Klimaziele zu berücksichtigen ist. Der beschlossene Klimanotstand in seiner jetzigen Form ist hierzu nicht ausreichend.

Herr Riller erklärt, dass das Klimaschutzmanagement nicht dazu eingesetzt werden soll, vordergründig Berichterstattungen zu formulieren, sondern in erster Linie die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zu betreuen. Die Klimaschutzziele können nur erreicht werden, wenn die Bemühungen hierzu intensiviert werden. Über die Form der Berichterstattung wurde bereits in der vergangenen Sitzung beraten, sodass dieser Antrag nicht notwendig ist.

Herr Pufke betont, dass die CDU-Fraktion sich für Klimaschutz und Klimafolgeanpassung einsetzt. Jedoch sei aus ihrer Sicht bisher kein Notstand erreicht, sodass dem Antrag nicht zugestimmt werde.

Herr Worch erläutert zusätzlich, dass das aktuelle Berichtswesen der Stadtverwaltung nicht ausreicht, um in dem kurzfristig gegenzusteuern, sollten Entwicklungen nicht so eintreten wie vorgesehen. Darüber hinaus wollen wir auch bei Maßnahmen, die zunächst nichts unmittelbar mit dem Klimaschutz zu tun haben, diese Thematik bereits frühzeitig berücksichtigt wird, um auf allen Ebenen das notwendigste zur Reduzierung von THG-Emissionen tun zu können.

Herr Hessler fordert keine Auflagen zu schaffen, die es externen Investoren oder potentiellen Neubürger unbequem machen ihr Geld innerhalb Bergkamens zu investieren. Die bestehenden Regelungen der EU, des Bundes und des Landes wirken sich bereits ausreichend auf die kommunale Ebene aus und sind umzusetzen. Eine zusätzliche Überregulierung darf jedoch nicht stattfinden.

Herr Putzer empfindet den bisher 5-jährigen Turnus zur Berichterstattung des Klimaschutzmanagements nicht für angemessen und fordert ein engmaschigeres Berichtswesen. Einen halbjährigen Turnus unterstützt er jedoch ebenfalls nicht.

Herr Pufke beantragt nun über den Antrag abzustimmen. Hierzu erfolgt keine Gegenrede, sodass die Abstimmung erfolgt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgende Beschlussfassung:

Der Rat der Stadt Bergkamen stellt fest, dass der globale Klimanotstand auch die Stadt Bergkamen erreicht hat und erklärt für unsere Stadt wie andere Städte auch den Klimanotstand. Die Stadt Bergkamen setzt damit ein deutliches Zeichen, dass die bisherige erfolgreiche Klimapolitik weiterentwickelt werden muss.

Der Rat erkennt damit an, dass die Eindämmung des anthropogenen Klimawandels in der städtischen Politik eine sehr hohe Priorität besitzt. Der Rat und die Verwaltung der Stadt Bergkamen werden zukünftig, bei allen Beschlüssen und Entscheidungen, die im IKK festgelegte Reduktion der THG mit einbeziehen. Die Beschlüsse und Entscheidungen sind so zu treffen, dass die Zielerreichung des IKK für 2030 und 2045 (Ratsbeschluss vom 24.06.2021) nicht gefährdet wird.

Zudem beantragt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

- Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss für Klima und Umweltschutz einen halbjährigen Bericht zur Verfügung zu stellen, indem die Entscheidungen, die die Themenfelder des IKK betreffen, aufgelistet sind, incl. einer kurzen Darstellung des positiven Effektes für die Reduzierung der THG.
- Die Verwaltung wird beauftragt, die bisherigen und zukünftigen Einschätzungen von städtebaulichen Maßnahmen gemäß der "Bergkamener Checkliste Klimaschutz und Klimaanpassung zur Bewertung städtebaulicher Projekte" dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz unmittelbar und unaufgefordert zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit abgelehnt
Ja 3 Nein 14

Tagesordnungspunkt 8:

**Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für den Eingriff in Natur und Landschaft durch Bauprojekte der Stadt Bergkamen;
hier: Sachstandsbericht
Vorlage: 12/0337**

Herr Pufke fragt, ob im Bergkamener Stadtgebiet noch ausreichend Flächen für Ausgleichsmaßnahmen zur Verfügung stehen.

- Frau Reumke antwortet, dass die Stadtverwaltung zukünftig nicht empfehlen wird, kleinere Ausgleichsflächen in B-Plänen festzusetzen, sondern große zusammenhängende Flächen an geeigneten Stellen in der Landschaft zu schaffen. Die Preise für diese Flächen sind in den letzten Jahren aufgrund der Nachfrage gestiegen. Dennoch sind Landwirte nur selten bereit ihre landwirtschaftlich genutzten Flächen diesbezüglich zu verkaufen. Die Verwaltung sieht ihre Chance

darin, Ausgleichszahlungen an den Kreis Unna zu tätigen, um über diesen Weg bspw. in Ausgleichsmaßnahmen innerhalb der hiesigen Lippeauen zu investieren.

Herr Worch fragt, wie Ausgleichsmaßnahmen im FFH-Gebiet der Lippeauen durchgeführt werden können.

- Frau Reumke antwortet, dass durch Ausgleichsmaßnahmen weitere Feuchträume in diesen Bereichen Auen entstehen, welche ökologisch hochwertiger als der heutige Bestand sind.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt den Sachstandsbericht über Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für den Eingriff in Natur und Landschaft durch Bauprojekte der Stadt Bergkamen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Tagesordnungspunkt 9:

**„Klimaschutz mit BRAvour“ - Teilnahme der Stadt Bergkamen an der Kampagne
Vorlage: 12/0328**

Herr Schmitz erläutert anhand einer Präsentation die Tätigkeiten des Klimaschutzmanagements im Rahmen der Kampagne. Neben der Nutzung von zur Verfügung gestellten Infomaterialien durch die Bezirksregierung, plant das Klimaschutzmanagement eine zweite Online-Infoveranstaltung für die Bürgerinnen und Bürger Bergkamens durchzuführen. Diese soll zum Ende des Jahres stattfinden und das Thema der Sanierung von Gebäudehüllen behandeln. Bereits im Juni diesen Jahres konnte eine erfolgreiche Veranstaltung mit dem Titel „Schottergärten adé“ durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Tagesordnungspunkt 10:

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

Tagesordnungspunkt 11:**Anfragen und Mitteilungen**

Es wurden keine Anfragen gestellt.

Die Verwaltung teilt durch Herrn Peters den aktuellen Sachstand zum Grundwassermonitoring am Marktplatz Rünthe mit. In Absprache mit dem Kreis Unna wurde ein Grundwassermonitoring durchgeführt. Das beauftragte Gutachterbüro hat hierzu im vergangenen Monat einen Bericht vorgelegt, welcher besagt, dass auf dieser Fläche kein akuter Handlungsbedarf bezüglich Grundwasserschutzmaßnahmen besteht. Im Rahmen einer zukünftigen Realisierung eines Wohnbauprojekts durch die VivaWest Wohnen GmbH müssen jedoch Bodensanierungsmaßnahmen im Bereich der oberen Deckschichten vorgenommen werden. Das geplante Bauvorhaben soll kurzfristig in entsprechenden politischen Gremien seitens der VivaWest Wohnen GmbH vorgestellt werden und noch im kommenden Jahr in die Umsetzungsphase einsteigen.

Thomas Grziwotz
Vorsitzender

Norman Raupach
Schriftführer